

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 44 (1965)  
**Heft:** 7-8

**Artikel:** Vom Werden der deutschen Sozialdemokratie  
**Autor:** Schwendimann, Armin  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-337693>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

bestimmt. Viele dieser Waren wurden in Genossenschaftsbetrieben hergestellt, doch ließen wir uns sagen, daß auch der Kleinhandwerker wieder zugelassen ist und an Bedeutung gewonnen hat. Er soll neben den hohen politischen Funktionären zu den bestverdienenden Leuten in Ungarn gehören, aber vom Regime als nicht sehr zuverlässig eingestuft werden.

\*

Vieles ist also anders als man es sich vorstellt. Darum ist es nicht mehr als realistisch, die Entwicklung in Ungarn und im Osten sorgfältig zu verfolgen und mit gewissen veralteten Klischees aufzuräumen. In den kommunistischen Staaten Osteuropas ist man teilweise von dogmatischen Vorstellungen abgekommen und hat Einrichtungen wieder zugelassen, die man noch vor wenigen Jahren als «kapitalistisch» und «westlich dekadent» verurteilte. Gerade den Ungarn kommt es zugute, daß sie nie ausgesprochene Dogmatiker waren, sondern sich jeweils der Situation anzupassen wußten und ihr die positiven Seiten abzugewinnen verstanden.

**ARMIN SCHWENDIMANN**

## **Vom Werden der deutschen Sozialdemokratie**

Im kommenden Herbst finden in der Bundesrepublik Deutschland die Bundestagswahlen statt. Es wird sich zeigen, ob es der SPD gelingen wird, die Mehrheit der Wähler zu gewinnen. Nach den Meinungsforschungsinstituten ist diese Möglichkeit in greifbare Nähe gerückt. Um so mehr Anlaß besteht, sich mit der Entwicklung der SPD zu befassen. Armin Schwendimann hat darüber eine ausgezeichnete Studie verfaßt. Wir veröffentlichen in der Folge den ersten Teil dieser Arbeit. Es ist eine Fortsetzung vorgesehen. RL

### *Entwicklung und Anerkennung*

Als Wegbereiter des Sozialismus sind vorerst die sogenannten Utopisten zu betrachten, die verschiedenste utopisch-sozialistische Systeme entwarfen. Alle hatten ihre Ideen im Glauben an das Gute im Menschen entwickelt, wobei aber keinem ein umfassender Erfolg beschieden war. Thomas Morus ignorierte die wirtschaftlichen Grundlagen seiner Gesellschaft. Saint Simon glaubte, daß die Besitzenden freiwillig auf die Ausbeutung anderer Menschen und damit auf ihren Profit verzichten würden. Charles Fourier vertrat die Auffassung, daß die Neuverteilung der Güter allein die soziale Ungerechtigkeit beseitigen würde. Robert Owen gab sich der trügerischen Hoffnung hin, daß die Sozialreform und das persönliche Beispiel sozialfortschrittliche Unternehmer zum Bessern führen würde. Die Utopisten scheiterten an ihrer Unzulänglichkeit, die andauernden Veränderungen der Gesellschaft auf Grund wissenschaft-

licher Gesetze zu erkennen. Die geschichtliche Leistung der Schöpfer des Marxismus liegt in der Tatsache begründet, daß sie Fehlerquellen der Utopisten erkannten und ihre Idee des Sozialismus auf wissenschaftlicher Basis entwickelten. Das im Februar 1848 erschienene kommunistische Manifest ist in seinem ökonomischen Teil ein Vorläufer des von Karl Marx geschaffenen wissenschaftlichen Sozialismus und erweist sich in der Folgezeit als die weltgeschichtliche Geburtsurkunde der sozialistischen Bewegung. Unter den Vorläufern des deutschen Sozialismus sind unter anderem Georg Büchner, Wilhelm Weitling, Moses Heß und Stephan Born zu erwähnen. Georg Büchner griff 1834 in seiner Flugschrift «Der hessische Landbote» die aus der französischen Revolution stammenden Parolen wieder auf: «Friede den Hütten! Krieg den Palästen!» Er schrieb: «Das Leben der Reichen ist ein langer Sonntag: sie wohnen in schönen Hütten, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigene Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Reiche aber geht hinter ihm und dem Pflug, er nimmt das Korn und läßt ihm die Stopeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag; Fremde verzehren seine Äcker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwiele, sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Reichen<sup>1</sup>.»

Zusammenfassend kann bemerkt werden, daß die sozialistische Bewegung als ein organisierter Ausdruck des Protestes unterdrückter Gesellschaftsschichten entstand und nicht auf Grund von vorgegebenen Programmen. Erst unter dem Eindruck der historischen Notwendigkeit des sozialen Prozesses wurden die verschiedenen Programme entwickelt, von denen nachstehend die Rede sein soll.

*Der «Allgemeine Deutsche Arbeiterverein» und die «Sozialdemokratische Arbeiterpartei»*

In Deutschland war der kühne Versuch der Frankfurter Nationalversammlung, die Einheit und die Demokratisierung Deutschlands zu erreichen, im Revolutionsjahr 1848 gescheitert. Jahre der Reaktion folgten, in denen auch Ansätze einer Arbeiterbewegung mit eigenen sozialen und kulturellen Zielen zunächst verschüttet wurden. Deutschland, ein Land mit vier Königreichen, sechs Großherzogtümern, fünf Herzogtümern, sieben Fürstentümern und drei Stadtrepubliken, blieb lose in einem Staatenbund zusammengeschlossen, ohne einheitliches Recht und ohne einheitliche Regierung<sup>2</sup>. Die Industrialisierung ging mit Riesenschritten voran. Es gab Industriebetriebe, deren Wachstum

---

<sup>1</sup> Wilhelm Matull: Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1957, S. 21.

<sup>2</sup> Karl Anders: Die ersten hundert Jahre. Hannover 1963, S. 9.

stürmisch erfolgte. Krupp zum Beispiel beschäftigte 1863 4000 und ein Jahr später bereits 8000 Arbeiter<sup>3</sup>. Der erwachsene Arbeiter kannte 1863 noch keinen geregelten oder gesetzlich festgelegten Arbeitstag, keine Sonntagsruhe und keine Ferien. 16-, 17- und 18stündige Arbeitszeiten, Arbeit bei Tag und Nacht, sonn- und wochentags bei unzureichendem Lohn und in elenden Wohnverhältnissen; das war die soziale Kehrseite des industriellen Aufstieges. Die Tragik der sozialen Kehrseite wird uns erst recht bewußt bei der betrüblichen Feststellung, daß in den Jahren 1871 bis 1880 die durchschnittliche Lebenserwartung noch bei ungefähr 37 Jahren lag<sup>4</sup>.

Im Rahmen dieses sozialen Spannungsfeldes begann Ferdinand Lassalle (erneut) mit seiner aufrüttelnden Agitation. In einer Rede, die er im April 1862 im Berliner Handwerkerverein hielt, sprach er «über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes». Diese Rede wirkte als Initialzündung, denn Lassalle wurde kurz darauf vom Leipziger Zentralkomitee aufgefordert, seine Gedanken über eine selbständige Arbeiterorganisation zu formulieren. Lassalle antwortete in Form eines «offenen Antwortschreibens», indem er das Zentralkomitee zur Einberufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses aufmunterte. Das «offene Antwortschreiben», das heute noch zu den klassischen sozialistischen Schriften gehört, enthielt drei Hauptforderungen: 1. eine unabhängige politische Arbeiterbewegung, 2. allgemeines Wahlrecht, 3. Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe. Das eiserne Lohngesetz wurde von Lassalle wie folgt umschrieben: «Der durchschnittliche Arbeitslohn bleibt immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert, der in einem Volke gewohnheitsgemäß zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist aber der Punkt, um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgraviert, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben noch unter denselben herunterfallen zu können<sup>5</sup>.» Dieses «grausame Gesetz» kann nur beseitigt werden, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziation als sein eigener Unternehmer organisiert. Denn dann fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit – der Arbeitsertrag<sup>6</sup>.

Von den drei im «offenen Antwortschreiben» aufgestellten Forderungen enthielt die erste die bedeutsamsten Gedanken. Selbst Karl Marx, ein scharfer und oft wenig wohlwollender Kritiker Lassalles, würdigte dessen historische

---

<sup>3</sup> Karl Anders: Die ersten hundert Jahre. Hannover 1963, S. 9.

<sup>4</sup> Karl Anders: Die ersten hundert Jahre. Hannover 1963, S. 10.

<sup>5</sup> Programme der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1963, S. 41.

<sup>6</sup> Willi Eichler: 100 Jahre Sozialdemokratie. Bonn 1962, S. 16.

Leistung in einem Brief an J. B. von Schweitzer wie folgt: «Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief Lassalle – und dies bleibt sein unsterbliches Verdienst – die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland<sup>7</sup>.» Die Wahlrechtsforderung Lassalles wurde schon 1867 erfüllt, wenn auch aus Motiven, die denen Lassalles durchaus nicht entsprachen. Die Gründung von Arbeiterproduktivgenossenschaften mit Staatshilfe ist niemals in der von Lassalle vorgesehenen Form erfolgt und wurde später auch als sozialdemokratischer Programmpunkt fallengelassen<sup>8</sup>.

Am 17. März 1863 nahm das Leipziger Zentralkomitee das inzwischen als Broschüre erschienene «Offene Antwortschreiben» von Lassalle als Manifest der deutschen Arbeiterbewegung an. Die eigentliche Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie war der 23. Mai 1863, als im «Panthéon» in Leipzig der «Allgemeine Deutsche Arbeiterverein» gegründet wurde. Lassalle wurde erster Präsident der neuen Bewegung, wobei er Entscheidungen weitgehend unabhängig von Vereinsmitgliedern fassen konnte<sup>9</sup>. Solange Lassalle Präsident war (vom Mai 1863 bis August 1864), kam es nicht zu ernsthaften Widerständen gegen die präsidiale Verfassung. Unter seinen politisch und menschlich nicht unbedingt unumstrittenen Nachfolgern – Bernhard Becker und J. B. von Schweitzer – stieß dieselbe allerdings eine Reihe von tüchtigen Mitgliedern ab. In programmatischer Beziehung hat sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nach Lassalles Tod kaum weiterentwickelt<sup>10</sup>. Um so intensiver gestaltete sich dagegen die politische Aktivität. Auf Grund des neu eingeführten Wahlrechtes konnte die aufstrebende deutsche Arbeiterschaft bereits sechs Abgeordnete in den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes delegieren, der seine Entstehung dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866 verdankte. Diese erste Abordnung stand allerdings schon im Zeichen der organisatorischen und politischen Spaltung. Einer der beiden Vertreter der Lassalleschen Richtung war deren Präsident J. B. von Schweitzer. Zu den vier Abgeordneten der sächsischen Volkspartei, die sich als Interessenvertretung der dortigen Arbeiterschaft empfand, aber noch immer enge Tuchfühlung mit dem Liberalismus unterhielt, gehörten die Begründer der sächsischen Volkspartei August Bebel und Wilhelm Liebknecht<sup>11</sup>.

Die Grundlage der sächsischen Volkspartei bildete das «Chemnitzer Programm», das neben sozialen und demokratischen Forderungen das Bekenntnis

---

<sup>7, 8</sup> Programme der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1963, S. 9 und 10.

<sup>9</sup> Franz Osterroth, Dieter Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1963, S. 23.

<sup>10</sup> Programme der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1963, S. 10.

<sup>11, 12</sup> Klaus-Peter Schulz: Proletarier, Klassenkämpfer, Staatsbürger. München 1963, S. 48 und S. 46.

zu einem deutschen Einheitsstaat unter Einbeziehung Deutsch-Österreichs enthielt. Bebel und Liebknecht lehnten im Gegensatz zu den Anhängern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine Einigung Deutschlands unter Führung Preußens aus ideologischen Gründen ab. Ferner erschienen den Begründern der sächsischen Volkspartei die weitgehend diktatorischen Befugnisse des Präsidenten der Lassalleschen Organisation verdächtig<sup>12</sup>. Auf der andern Seite imponierte ihnen die Geschlossenheit und damit die dynamische Kraft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Durch den Beitritt zu der im Jahre 1864 in London gegründeten Internationalen Arbeiter-Assoziation, deren Programm – die «Inauguraladresse» – von Karl Marx verfaßt worden war, gerieten Bebel und Liebknecht in Konflikt mit den Bestrebungen der sächsischen Volkspartei. Der im September 1868 in Nürnberg durchgeführte Vereinstag der verschiedenen deutschen Arbeitervereine diente unter Bebels Leitung dem Bestreben einer politischen Verschmelzung, die ein Jahr später in Eisenach die «Sozialdemokratische Arbeiterpartei» entstehen ließ. Durch die Gründung der «Sozialdemokratischen Arbeiterpartei» entstand die zweite unabhängige Organisation der deutschen Arbeiterschaft. Das Eisenacher Programm bekennt sich zum freien «Volksstaat». Als Grundsätze galten: «Abschaffung aller Klassenherrschaft, Ersetzung des Lohnsystems durch genossenschaftliche Arbeit, die den vollen Arbeitsertrag sichert, politische Freiheit und Lösung der sozialen Frage, die nur im demokratischen Staat möglich sein wird<sup>13</sup>.» Mit der Forderung nach Abschaffung der Klassenherrschaft bekannte sich die neue Partei im wesentlichen zu marxistischen Grundsätzen. Im Gegensatz zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein betrachtete sich die neue Partei als «Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation».

Eine Zusammenarbeit der beiden rivalisierenden Gruppen war vorerst nur im Reichstag des Norddeutschen Bundes möglich. Als im Sommer 1870 der Deutsch-Französische Krieg ausbrach, votierten Schweitzer und sein Fraktionskollege für die erforderlichen Kriegskredite, während Bebel, Liebknecht und die andern Vertreter der «Eisenacher Richtung» diese ablehnten<sup>14</sup>. Bebel und Liebknecht mußten ihre persönlich mutige Haltung mit einer zweijährigen Festungshaft büßen, zu der sie wegen «Vorbereitung des Hochverrats» verurteilt wurden. Die ersten Reichstagswahlen im neugegründeten Deutschen Reich vom März 1871 erfüllten die Hoffnungen beider Arbeiterparteien in keiner Weise. Die Lassalleaner verschwanden ganz aus dem Parlament, während den Eisenachern zwei Mandate zufielen<sup>15</sup>. Auf Grund dieser Enttäuschung legte J. B. von Schweitzer das Präsidium des «Allgemeinen Deutschen

---

<sup>13</sup> Willi Eichler: 100 Jahre Sozialdemokratie. Bonn 1962, S. 21.

<sup>14, 15</sup> Klaus-Peter Schulz: Proletarier, Klassenkämpfer, Staatsbürger. München 1963, S. 51 und S. 53.

Arbeitervereins» nieder, wobei ein Haupthindernis für die Einigung der beiden organisatorisch getrennten Gruppen beseitigt war. Ein weiterer Streitpunkt, der in der Diskussion um die «deutsche Frage» entstanden war, wurde mit der Gründung des Deutschen Reiches gegenstandslos. Vermehrte Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, die offensichtlich die organisierte Arbeiterbewegung lahmlegen sollten, bewirkten immer stärkere Kontakte der beiden Organisationen<sup>16</sup>.

*Vereinigung der beiden bisherigen Arbeiterorganisationen in der  
«Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands»*

Die endgültige Fusion der beiden Arbeiterorganisationen konnte im Mai 1875 auf dem Einigungskongreß in Gotha vollzogen werden. Das von Wilhelm Liebknecht verfaßte Gothaer Programm erlangte schon durch die Tatsache an Bedeutung, daß es die Grundlage der Einigung der deutschen Arbeiterbewegung bildete. Inhaltlich ging das Gothaer Programm nicht wesentlich über das Eisenacher Programm hinaus. Die Forderungen nach Änderung der Eigentumsverhältnisse wurde deutlicher umschrieben: «Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages. Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein . . .<sup>17</sup> Um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, wird die Lassallesche Forderung der «Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter demokratischer Kontrolle des arbeitenden Volkes» übernommen. Besondere Bedeutung gewann das Gothaer Programm in der Literatur durch die von Karl Marx in seinen «Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (1875)»<sup>18</sup> geübte Kritik. Wenn sich Marx in seinem Zorn gegen die «Lasalleschen Glaubensartikel» und die «volksparteilichen Phrasen» des Gothaer Programms wandte, während er das Eisenacher Programm nicht ausdrücklich gerügt hatte, so ist das wohl darauf zurückzuführen, daß er meinte, die Eisenacher hätten sich in der Zwischenzeit theoretisch im Sinne seiner Lehren entwickelt und hätten bei der Einigung in Gotha den Lassalleanern unbillige und rückschrittliche Konzessionen gemacht. In Wahrheit entsprach jedoch das Gothaer Programm durchaus dem damaligen Selbstverständnis sowohl des größten Teils der Eisenacher als auch der Lassalleschen Richtung<sup>19</sup>. Diese Rechtferti-

---

<sup>16</sup> Wilhelm Matull: Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1957, S. 53.

<sup>17</sup> Programme der deutschen Sozialdemokratie. Bonn 1963, S. 74.

<sup>18</sup> Marx-Engels: Programm-Kritiken, Elementarbücher des Kommunismus, Band 12. Berlin 1931, S. 18.

<sup>19</sup> Programm der deutschen Sozialdemokratie. Bonn 1963, S. 13.

gung des Programms durch Willi Eichler bestätigte auch Franz Mehring in folgender Form: «Der Gothaer Einigungskongreß wurde am 27. Mai 1875 zu allseitiger Befriedigung seiner Teilnehmer beendet. Wie recht immer Marx mit seinen positiven Einwendungen gegen das Gothaer Programm haben mochte, das Schicksal seines Programmbriefes zeigte klar, daß die Wege, auf denen sich in Deutschland eine mächtige und unbesiegbare Arbeiterpartei als Trägerin der sozialen Revolution entwickeln konnte, von Lassalle richtig erkannt worden waren<sup>20</sup>.»

Die Reichstagswahlen von 1877 offenbarten das rasche Fortschreiten der sozialistischen Bewegung. Die Sozialdemokratie ging als viertstärkste Partei aus den Wahlen hervor. Zwei im Jahre 1878 auf Kaiser Wilhelm I. verübte Attentate benutzte Reichskanzler Otto von Bismarck zur Vorlage eines Gesetzes «wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie», obwohl beide Attentäter erwiesenermaßen nichts mit der Sozialdemokratie zu tun gehabt hatten. Um das Gesetz durchsetzen zu können, wurde nach dem zweiten Attentat der Reichstag aufgelöst. Nach den Wahlen wurde das Gesetz verabschiedet, womit die ersten zwölf Jahre des Parteiverbotes der sozialdemokratischen Bewegung besiegelt waren. Entgegen den Hoffnungen Bismarcks, die sozialdemokratische Bewegung zerschlagen zu können, erstarkte die verbotene und verfemte Partei immer mehr. Als 1890 das «Schandgesetz», wie es Bebel nannte, nicht mehr erneuert wurde, ging die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als stärkste deutsche Partei aus den Reichstagswahlen hervor<sup>21</sup>.  
(Fortsetzung folgt)

**HANS-BALZ PETER**

## **Die evangelische Soziallehre der Gegenwart** (Fortsetzung\*)

### *Grundfragen der Wirtschaftsordnung*

#### *a) Das Eigentum*

Seit es die Industriearbeiterfrage gibt, steht die Institution des Eigentums im Zentrum der Auseinandersetzung; immer wieder ist das Privateigentum ein Stein des Anstoßes für die Besitzlosen. So muß das Problem des Eigentums – neben dem der Arbeit – auch im Mittelpunkt der evangelischen Soziallehre stehen.

Für die folgenden Ausführungen scheint es zweckmäßig zu sein, sich auf einen bestimmten Raum, für den die Funktion des Eigentums geprüft werden

---

<sup>20</sup> Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, II. Band. Berlin 1960, S. 453.

<sup>21</sup> Wilhelm Matull: Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1957, S. 63.

\* Vgl. Juni-Heft 1965.